

Bildende Kunst

- 46. Welche konkreten Maßnahmen schlagen Sie vor, um eine faire Vergütung bildender Künstler*innen auf Landesebene umzusetzen (Stichwort „Ausstellungs- und Mitwirkungsvergütung“)?**

CDU

Die CDU wird sich für eine Prüfung dieses Anliegen in der kommenden Wahlperiode einsetzen.

SPD

Viele freischaffende Künstler*innen arbeiten oftmals unter prekären Bedingungen und werden nicht angemessen bezahlt. Wir setzen uns für verpflichtende soziale Mindeststandards und Mindesthonorare beim Einsatz öffentlicher Mittel, insbesondere in der freien Kultur- und Projektförderung (bspw. Ausstellungshonorare) ein. Es soll keine Projektförderung mehr genehmigt werden, die diese Standards nicht erfüllt. Wir wollen zudem die Abschaffung von Haustarifen und der verpflichtenden Teilzeitvereinbarungen in den Theatern und Orchestern sowie die tarifgerechte Bezahlung bei Vereinen und Verbänden, die im Landesinteresse arbeiten. Auf Bundesebene wollen wir die Künstlersozialkasse stärken und die besonderen Arbeitsbedingungen von Künstler*innen stärker berücksichtigen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Kultur und Kunst müssen angemessen bezahlt werden. Deswegen haben wir beispielsweise in der abgelaufenen Legislatur die Bezahlung in institutionell geförderten Einrichtungen nach Tarif schrittweise wieder eingeführt. Dazu gehört ebenfalls, dass Freischaffende für ihre Leistungen angemessen honoriert werden. Wir wollen eine Ausstellungsvergütung für Künstler*innen in allen vom Land geförderten Einrichtungen durchsetzen.

DIE LINKE

DIE LINKE will verbindliche Mindeststandards der Honorierung in der freien Kunst- und Kulturarbeit, branchenspezifische Honoraruntergrenzen und eine rechtlich abgesicherte Ausstellungsvergütung für Bildende Künstler*innen. Die Fördersysteme müssen in diesem Sinne angepasst werden, um nachhaltiger und krisenfester zu werden. Sowohl auf Bundesebene als auch auf Landesebene setzen wir uns dafür ein.

AfD

Auch bildende Künstler müssen sich letztlich am Markt behaupten.

- 47. In welcher Form setzen Sie sich dafür ein, dass Kunst-am-Bau-Aufträge bei öffentlichen Baumaßnahmen verpflichtend eingeführt werden? (aktuell gilt eine Kann-Bestimmung mit bis zu 1% der Bauwerkskosten, siehe RLBau LSA, K 7. Beteiligung bildender Künstler)**

CDU

Wir halten die bestehende Regelung für ausreichend. Grundsätzlich führen derartige Maßnahmen zum Teil zu einer starken Belastung des kommunalen Haushaltes, da nicht alle Maßnahmen durch eine Förderung des Landes abgedeckt werden können.

SPD

Die Umsetzung von Kunst-am-Bau-Aufträgen ist uns ein wichtiges Anliegen, um Kunstwerke sachsen-anhaltischer Künstler*innen sichtbar zu machen. Nach unseren bisherigen Erkenntnissen eignet sich aber nicht jedes öffentliche Bauprojekt für die Einbindung von Kunstwerken. Wir werden in der kommenden Legislatur prüfen, inwieweit die Möglichkeit von Kunst-am-Bau-Aufträgen ausgebaut werden kann bzw. ob es andere Möglichkeiten gibt, Künstler*innen zu fördern und ihre Werke im öffentlichen Raum stärker sichtbar zu machen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Derzeit verfolgen wir diese Verpflichtung nicht, wir wollen dazu aber gerne mit dem BBK in Kontakt treten und die Situation eruieren.

DIE LINKE

Mit der konsequenten Umsetzung des Programms „Kunst am Bau“ wollen wir bildende Künstler*innen unterstützen und das Landesprofil sichtbar schärfen. DIE LINKE will an dieser Stelle eine veränderte Praxis einführen. Wir wollen, dass künftig 3 Prozent der Kosten öffentlicher Bauten für Kunstwerke verwendet werden.

AfD

Überhaupt nicht. Das Ergebnis wäre nichts anderes als eine weitere Gängelung der Bauherren, die aktuell durch das Baurecht und Bauordnungsrecht schon über Gebühr eingegrenzt werden. Außerdem sind die Kunstwerke, die so entstehen, wie die Erfahrung lehrt, oft sehr gewöhnungsbedürftig.

48. Welchen Handlungsbedarf sehen Sie im Feld künstlerischer Nachlässe, sowohl in Bezug auf digitale Möglichkeiten als auch in Bezug auf die physische Sicherung und Pflege von Künstlernachlässen?

CDU

Die Fragen der künstlerischen Nachlässe, sowohl in Bezug auf digitale Möglichkeiten als auch in Bezug auf die physische Sicherung und Pflege von Künstlernachlässen liegen grundsätzlich in der Verfügungshoheit der Erben und nicht der Öffentlichkeit.

SPD

Wir werden uns in der kommenden Legislatur verstärkt um das Thema künstlerischer Nachlässe kümmern und gemeinsam mit dem VBB nach Möglichkeiten für die physische Sicherung, die Pflege und die Digitalisierung suchen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Durch die wertvolle Arbeit des BBK konnten immer mehr Verzeichnisse in der Werk-Datenbank aufgenommen werden. Wir wollen in der nächsten Legislatur die Notwendigkeit einer Bedarfsanalyse und einer Machbarkeitsstudie prüfen. Außerdem muss die Fortsetzung der Förderung für die Werk-Datenbank auf den Tisch. Es sollte aus unserer Sicht jedoch keine generelle Verpflichtung des Landes geben, Künstler*innen-Nachlässe zu sichern.

DIE LINKE

DIE LINKE will Kulturgüter digital sichern und für alle zugänglich machen. Dafür brauchen wir eine gesamtgesellschaftliche Digitalisierungsstrategie. Aus diesem Grund wollen wir Initiativen, die sich den Nachlässen regionaler bildender Künstler*innen widmen, unterstützen. Dazu braucht es zunächst einen Maßnahmenkatalog, der über die bereits gesicherten Kulturgüter hinausgeht. Neben einer dezentralen, digitalen Erfassung von Werkverzeichnissen ist ein der Öffentlichkeit zugängliches Depot für ausgewählte Werke regionaler Künstler*innen aus unserer Sicht eine zentrale Maßnahme der Pflege und Sicherung von Künstlernachlässen. Der Berufsverband Bildender Künstler Sachsen-Anhalt ist für uns hier erster Ansprechpartner.

AfD

Das Landesarchiv Sachsen-Anhalt macht eine gute Arbeit. Wir sehen wenig Handlungsbedarf.

49. Was halten Sie von der Aufspaltung des Landeskunstpreises in einen Preis für ein Lebenswerk- und einen Nachwuchspreis?

CDU

Die CDU wird sich für eine Prüfung Ihres Anliegens in der 8. Wahlperiode einsetzen.

SPD

Zu dieser Idee haben wir uns noch keine abschließende fachliche Meinung gebildet. Sollte dies von den Kulturakteur*innen gewünscht werden, freuen wir uns auf den Austausch dazu.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Eine solche Aufspaltung des Landeskunstpreises befürworten wir derzeit nicht.

DIE LINKE

Analog der Kunstpreise anderer Sparten ist eine Aufteilung des Landeskunstpreises in einen Nachwuchspreis und einen Preis für ein Lebenswerk sinnvoll, um die Nachwuchsförderung im Bereich Bildender Künstler*innen zu stärken. In diesem Zusammenhang ist der Vergabemodus sowie die Dotierung des Preises anzupassen.

AfD

Das wäre aufgrund der unterschiedlichen Anforderungen sicherlich sinnvoll.

50. Welches Instrument sehen Sie vor dem Hintergrund des Informationstransparenzgesetzes als geeignet an, um Zusammensetzung und Tätigkeit des Kunstbeirates des Landes transparenter zu kommunizieren?

CDU

Der Kunstbeirat ist ein gewähltes Gremium. Er erfüllt seine Kommunikationspflicht im Rahmen seiner Satzung.

SPD

Die intransparente Zusammensetzung des Kunstbeirates war Anlass für eine Kleine Anfrage unserer Abgeordneten Prof. Dr. Angela Kolb-Janssen (Lt.-Drs. 7/1024). Im Erlass des Kultusministeriums vom 27. Februar 2013 - 42.2-57108 heißt es „Beim Kultusministerium wird ein Kunstbeirat berufen. Er berät die Landesregierung in Angelegenheiten der bildenden und angewandten Kunst. Mit seinen Empfehlungen unterstützt der Kunstbeirat die Umsetzung der kulturpolitischen Leitlinien der Landesregierung sowie der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Kunst und Kultur vom 22. Dezember 2008 (MBI. LSA S. 878). Im Rahmen seiner Tätigkeit analysiert er aufgrund seiner Fachkompetenz die Entwicklung der bildenden und angewandten Kunst im Land und gibt Empfehlungen zur Ausprägung von Förderschwerpunkten. Er fördert und regt Initiativen zur Vernetzung und Präsentation des Kunstschaffens in Sachsen-Anhalt an.“ Bis heute ist nicht offiziell bekannt, wer dem Kunstbeirat angehört, wer die Mitglieder sind und welche Entscheidungen sie treffen. Wir werden uns in der nächsten Legislatur für Veränderungen, z.B. ein öffentliches Register der Ankäufe durch das Land, einsetzen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wir befürworten eine Veröffentlichung der jeweils neuen Zusammensetzung des Kunstbeirates über das Ministerialblatt hinaus durch eine Pressemitteilung des Ministeriums.

DIE LINKE

Ein wesentliches Kriterium der Kulturförderung ist die Transparenz. Die transparente Zusammensetzung des Kunstbeirates ist aus unserer Sicht zwingend notwendig, um die Freiheit der Kunst zu gewährleisten und die notwendige Distanz zwischen Verwaltung und künstlerischer

schem Ansatz umzusetzen.

AfD

Informationstransparenzgesetz klingt gut, bringt aber nur Bürokratie und Rechtsunsicherheit mit sich. Wir sind skeptisch.

51. Haben Sie eine Strategie für die Steigerung der überregionalen Wahrnehmung bildender Künstler*innen aus Sachsen-Anhalt, etwa hinsichtlich diverser Stipendien des Bundes wie dem Villa Massimo-Stipendium?

CDU

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt liegt keine Strategie vor. Die CDU wird prüfen, inwieweit in Abstimmung mit dem Bund eine solche Strategie erarbeitet und umgesetzt werden kann.

SPD

Um bildende Künstler*innen aus Sachsen-Anhalt überregional bekannt zu machen, kann die Öffentlichkeitsarbeit der Einrichtungen verbessert werden, die die Stipendien vergeben. Denkbar sind auch Präsentationen der Künstler*innen in den Stiftungen und/oder öffentlichen Einrichtungen des Landes. Dazu würden wir in der kommenden Legislatur gern eine Landesausstellung zeitgenössischer Kunst realisieren. Wir setzen uns dafür ein, dass u.a. die Kunstsammlung des Landes stärker wahrgenommen wird und die Ankäufe regelmäßig präsentiert werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Neben der Projektförderung ist die Stipendiat*innenförderung ein wirkungsvolles Instrument Künstler*innen im Land zu fördern und zu unterstützen. Die Heimatstipendien der Kunststiftung Sachsen-Anhalt sind weit über das Land hinaus bekannt und eine Erfolgsgeschichte. Dieses Programm wollen wir verstetigen und stärken. Wir setzen uns dafür ein, dass dafür die Struktur der Kunststiftung Sachsen-Anhalt ausgebaut und die finanzielle Ausstattung verbessert wird.

DIE LINKE

Viele Künstler*innen sind auf Preise, Projektförderungen bzw. Stipendien angewiesen, um ihre Arbeit zu realisieren. Auslandsstipendien von Bund und Ländern sind für die Förderung zeitgenössischer Kunst von zentraler Bedeutung. Bei der Weiterentwicklung unseres Kulturentwicklungskonzeptes legen wir einen besonderen Schwerpunkt auf die Förderung und Wahrnehmung zeitgenössischer Kunst aus Sachsen-Anhalt.

AfD

Die Steigerung der überregionalen Wahrnehmung bildender Künstler aus Sachsen-Anhalt ist in erster Linie deren Sache.

52. Wie stehen Sie zum Fach „Gestalten“ in unseren Grundschulen? Wäre es nicht besser, zu der früheren Aufteilung in „Kunst“ und „Werken“ zurückzukehren?

CDU

Die CDU hält an dem Fach „Gestalten“ in Abhängigkeit von der gesamten Studentafel fest.

SPD

Dieses Anliegen ist bisher nicht an uns herangetragen worden. Wir werden das Anliegen aufgreifen und gemeinsam mit Künstler*innen und Grundschullehrer*innen über die konkreten Möglichkeiten der Ausgestaltung des Faches „Gestalten“ diskutieren.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wir planen derzeit nicht, das Fach „Gestalten“ umzubenennen oder aufzuteilen.

DIE LINKE

Die Einführung des Faches „Gestalten“ als Ersatz für die zuvor erteilten Fächer „Kunst“ und „Werken“ kann von seiner inhaltlichen Ausrichtung her nicht überzeugen. Es eröffnet aber, wie in vielen anderen Fällen der Bildung von „Fächerbereichen“ auch, die Möglichkeit, in der Ausbildung auf den Bewerbermangel und später in den Schulen auf den nachfolgenden Lehrkräftemangel flexibler zu reagieren. Die Ausbildung in den Fächern „Kunst“ und „Musik“ liegt im Lehramt an Grundschulen und auch im Lehramt an Sekundarschulen schon immer weit unter dem Bedarf. Solange es nicht gelingt, hier eine deutliche Ausweitung in der Lehrerausbildung zu erreichen, wird es schwer, das Fach „Kunst“ wieder eigenständig im Fächerkanon zu etablieren.

AfD

Auf jeden Fall. Der gute alte Werkunterricht vermittelt eine technische Allgemeinbildung, die vor allem für die MINT-Fächer und technische Beruf unerlässlich ist. Das hat mit Kunst wenig zu tun. Wer beides in einem Fach „Gestalten“ zusammenwirft, verdirbt beides und vermittelt den Kindern weder Sinn für die Kunst noch technische Bildung.

53. Wie kann es gelingen, dass selbstständige Künstler*innen, die in der kulturellen Bildung tätig sind, von den öffentlichen Bildungseinrichtungen angemessene Honorare erhalten?

CDU

Es könnte eine Honorierung auf Stundenbasis und nicht im Rahmen einer laufenden Vergütung aus dem Landeshaushalt anzustreben sein.

SPD

Wir setzen uns für verpflichtende soziale Mindeststandards und Mindesthonorare beim Einsatz öffentlicher Mittel, insbesondere in der freien Kultur- und Projektförderung ein. Angebote der kulturellen Bildung werden über Honorarkräfte realisiert, die Künstler*innen oft zusätzlich als Nebenverdienst annehmen. Wenn die Arbeits- und Honorarbedingungen sowie der Verwaltungsaufwand problematisch sind, müssen die Abläufe analysiert und verbessert werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Kulturelle Bildung ist ein wichtiger Bestandteil der Kulturarbeit, der nicht nur Kinder und Jugendliche betrifft, sondern auch Erwachsenen zur Verfügung stehen soll. Leider ist es immer schwierig, wenn verschiedene Ministerien ein gemeinsames Thema zu verantworten haben, deshalb plädieren wir dafür, das Thema kulturelle Bildung in einem Ministerium anzusiedeln. Außerdem wollen wir den Einsatz von qualifiziertem, angemessen bezahltem Personal im Rahmen der kulturellen Bildung als festen Bestandteil an Schule und nicht nur als zeitliche begrenztes „Projekt“ zum Unterricht.

DIE LINKE

DIE LINKE setzt sich für verbindliche Mindeststandards der Honorierung in der freien Kunst- und Kulturarbeit sowie für branchenspezifische Honoraruntergrenzen ein. In den Zuwendungsbestimmungen des Landes müssen diese Untergrenzen, wie es beispielhaft bei der Freien Theaterförderung umgesetzt wurde, auch für den Bereich der Bildenden Kunst als Zuwendungsvoraussetzung verbindlich festgelegt werden.

AfD

Die Höhe der Honorare wird auf dem Arbeitsmarkt zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ausgehandelt und richtet sich nach Angebot und Nachfrage.